Neue Freie Zeitung
Nr. 37 · Donnerstag, 12. September 2019 € 0,80

Österreichische Post AG
WZ 02Z032878 W
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, A-1080 Wien - Tel.: 01 512 35 35 0 - Fax: 01 512 35 359
Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Eindrucksvolle Wiederwahl Svazeks mit 93,46 Prozent

Auf dem 31. Landesparteitag der FPÖ Salzburg im Kongresshaus in St. Johann im Pongau erhielt Marlene Svazek eine eindrucksvolle Bestätigung ihrer Arbeit: Wiederwahl mit 93,46 Prozent der Stimmen. Svazek: „Unser Projekt Salzburg steht noch lange nicht vor dem Abschluss!“ S. 13

Foto: FPÖ Salzburg

Zuerst schreddern, und jetzt kopieren!

ÖVP-Wahlprogramm: Eine Kopie des freiheitlichen, aber ohne Umsetzungsgarantie S. 2/3

„Wir Freiheitliche lassen uns niemanden herausschießen!“

Geeint und voller Elan präsentierte sich die FPÖ beim Wahlkampfauftakt – S. 4/5

Foto: Foto Andreas Maringer/eventfoto.at

PARLAMENT

Integrationstrauma

Die unkontrollierte Masseneinwanderung unter Rot-Schwarz zeitigt Spätfolgen, wie der Integrationsbericht 2018 enthüllt. Wie wichtig die Reparaturarbeiten der FPÖ in den letzten eineinhalb Jahren dabei waren – und noch weiter wären –, zeigt der Bericht auf. S. 6

AUSSENPOLITIK

Nichts Neues in Brüssel

Neue Kommission, alte Probleme. Die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bedient mit ihrem Kommissionspersonal die Wünsche von Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen. Von Reformansätzen weit und breit keine Spur. S. 8/9

MEDIEN

Enthüllte Manipulation

Mit einer seiner „Wahl 19“-Sondersendungen deckte der ORF die Medien und sich selbst als Wahlmanipulatoren auf. Während die Medien den „Klimaschutz“ zum Hauptthema hochspielen, haben die Österreicher ganz andere Themen-Prioritäten. S. 11

Foto: NFZ

AUS DER REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Mit der Meinungsfreiheit haben die Grünen und Linken ein Problem, wenn sie im Widerspruch zu ihrer Ideologie steht. Aber auch „bürgerliche“ Parteien wie ÖVP oder CDU, wenn andere Parteien die von ihnen vernachlässigten Werte wie etwa Heimat aufgreifen.

„Politik muss dafür sorgen, dass wir im Alltag moralisch entlastet werden“, gab Deutschlands neuer Grünen-Guru Robert Habeck die Devise aus: Die Partei denkt, das Volk rennt.

Linker Werte-Tofu

Und Habecks Definition von Heimat: „Heimat ist, wo es egal ist, wo man herkommt.“ – Also Heimat ist für jeden überall – und damit genau das Gegenteil von dem, was der normale Bürger darunter versteht.

Heftig wird es, wenn es um historische Ereignisse geht, die nicht zu diesem globalisierten Heimatbegriff passen. Da wird ein Fackelzug zur Erinnerung an die Befreiung Wiens von der Belagerung durch die Türken zum „rechtsextremen Auflauf“.

Dass der in der Wiener Innenstadt stattfand, haben die „Antifaschisten“ selbst verschuldet, indem sie die Zufahrt zum Kahlenberg blockiert haben. Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht gilt eben nur für Links!

Wären die Identitären das, was Grüne, SPÖ und ÖVP behaupten, dann hätte ein Gericht den Verein schon längst aufgelöst.

Ach ja, deren „Kontakte“ zu Massenmördern? Aber Wiens SPÖ-Bürgermeister lädt offiziell seinen Teheraner Kollegen ein, der Mitglied der Iranischen Revolutionsgarden ist, die Frauen ohne Kopftuch verprügeln, die Homosexuelle an Kränen aufhängen und den Terrorismus im Namen Allahs finanzieren.

Kurz‘ Versuch, den bessere

Das ÖVP-Wahlprogramm strotzt vor blauen Forderungen, deren Umsetzun

Da hat Sebastian Kurz wohl die Unterlagen von Norbert Hofer erwischt“, kommentierte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky das ÖVP-Wahlprogramm. Nur sei bei der ÖVP der Unterschied zwischen Wahlversprechen und Realpolitik so groß wie das Blaue, das Kurz da am Mittwoch vom Wahlhimmel versprochen habe.

Wie schon 2017 hat die ÖVP ihr Wahlprogramm als letzte Partei präsentiert – und sich auch diesmal verbal aus dem Fundus des FPÖ-Wahlprogramms bedient. So will Kurz‘ Partei in Sachen Asyl und Integration am „restriktiven Kurs“ festhalten.

Zur Erinnerung: Den Kurs hat FPÖ-Innenminister Herbert Kickl umgesetzt, gegen heftigen Widerstand aus den alt-schwarzen Reihen der ÖVP. Und es war die ÖVP, die sofort nach dem Koalitionsbruch den „restriktiven Kurs“ zerlegt hat.

Kurz‘ Glaubwürdigkeitsproblem

So wurden die „Ausreisezentrum“-Tafeln an den Erstaufnahmezentren umgehend wieder abmontiert; der 1,50-Euro-Stundenlohn-Erlass Kickls für Asylwerber, die neben der Grundversorgung „Hilfstätigkeiten“ in Gemeinden verrichten, um sie mit Grundwehr- und Zivildienern gleichzustellen, wurde zurückgenommen; und zu guter Letzt will die ÖVP abgewiesenen Asylwerbern in einer Lehrausbildung einen Aufenthaltstitel nachschmeißen, statt sie gesetzeskonform abzuschieben.

Gab’s dafür Spenden von Konzernen? Oder ist das schon eine Vorleistung für einen grünen Integrationsminister Rudolf Anschober, der diesen Gesetzesbruch für abgelehnte Asylwerber von Oberösterreich aus propagiert hat?

Wissen auch die ÖVP-Landeshauptleute im Westen, dass Kurz die von FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein reformierte Mindestsicherung – wofür sie auch aus der ÖVP ordentlich gescholten wurde – „konsequent umsetzen“ will? Kurz verspricht‘s, aber die Herren Hauslauer, Platter und Wallner werden ihm diese Flausen schon noch ausreden.

Existierendes erfinden?

Und dann steckt sich Kurz auch noch blaue Federn am Hut, indem er eine „Taskforce Sozialleistungen“ für Eingewanderte implementieren will. Eine solche „Taskforce“ gibt es aber bereits - auf Initiative von Herbert Kickl. Sie hat zuletzt in Salzburg skandalöse Sozialbetrügereien aufgedeckt, die der schwarz-grün-rosaroten Landesregierung völlig entgangen sind. Es waren ja nur 62 Fälle mit einem Gesamtschaden von einer knappen Millionen Euro.

In Sachen Arbeitsmarktpolitik bedient Kurz hingegen die schwarzen Herzen für die Einwanderer, indem er für die mehr als 30.000 arbeitslosen Asylberechtigten regelmäßig eigene Jobbörsen über das AMS organisieren will.

„Ich bin gespannt, mit wem Kurz eine Koalition eingehen will, um diese Forderungen durchzubringen. Außer der FPÖ fällt mir da eigentlich niemand ein“, wertete Vilimsky die inhaltlichen Wunschvorstellungen von Kurz als Koalitionsansage an die Freiheitlichen. Aber es gelte erst einmal, abzuwarten, was davon nach dem 29. September noch Gültigkeit habe.

Denn im „Kampf gegen Extremismus“ propagierte Kurz erneut

Foto: NFZ

Das Wahlprogramm der ÖVP gleicht e
sich Kurz und seine türkise Partei zule

SPITZE FEDER Türkiser Masterplan zur Alleinregierung.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80; Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.); Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

n Kickl zu spielen

ng Kurz in der Koalition noch verhindert hat

inem Sammelsurium an FPÖ-Forderungen. Nur, bei der Umsetzung haben tzt mehr an den Grünen orientiert, vor allem in der Asylpolitik.

ein Verbot des politischen Islam, dessen Umsetzung er den Freiheitlichen in der damaligen Koalition noch verwehrt hat. Auch nachdem das von Freund Gernot Blümel geführte „Kultusamt" bei der Auflösung von Moscheen, in denen islamistische Hassprediger aufgetreten waren, völlig versagt hat.

Warnung vor Gesinnungsdiktatur

Differenzen mit der FPÖ gibt es allerdings zu Kurz' Ankündigung, die Auflösung von Vereinen wie den rechtsextremen Identitären durchzuboxen. Also ein Zuckerl für die multikulturell inspirierten Verbotsfreunde bei Grünen, SPÖ und Neos.

FPÖ-Chef Norbert Hofer erinnert Kurz an die Äußerungen von Verfassungsexperten zu seinen Verbotsgelüsten: „Ich warne vor einer Gesinnungsdiktatur. Sollte die ÖVP die Menschenrechtskonvention ignorieren und trotzdem ein Verbot beschließen wollen, so wären in weiterer Folge unzählige Vereine, die ich gar nicht näher nennen möchte, von einer derart überschießenden Maßnahme betroffen."

KURZ UND BÜNDIG

Foto: FPÖ

Kein Ausländerwahlrecht

Der designierte FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer spricht sich klar gegen die Forderung der Initiative „Pass-Egal-Wahl" für ein Ausländerwahlrecht aus: „Nur die FPÖ in Regierungsverantwortung garantiert, dass es kein generelles Ausländerwahlrecht in Österreich geben wird. Im Falle einer schwarz-grünen Regierung bestünde diese Gefahr jedoch." In Österreich haben EU-Bürger die Möglichkeit, an Gemeinderatswahlen und EU-Wahlen teilzunehmen. Dies erachte er als völlig ausreichend.

Allmachts-Phantasien

„In einer Demokratie entscheidet der Rechtsstaat über Vereinsauflösungen, und nicht die ÖVP-Parteizentrale. Diese demokratische Grundhaltung sollte auch die ÖVP mit ihren Allmachts-Phantasien zur Kenntnis nehmen", reagierte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky auf die ÖVP-Ankündigung eines Verbots der „Identitären". Der FPÖ-Generalsekretär sieht mit der Vereinsverbot-Forderung eine Vorleistung der ÖVP für einen weiteren Linksschwenk in eine Koalition mit den Grünen oder der SPÖ.

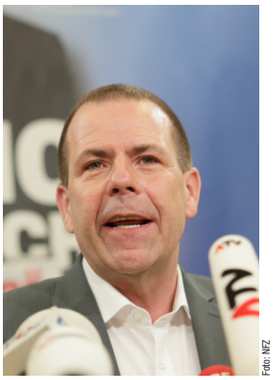


Foto: NFZ

Foto: NFZ

Geheime IS-Rückholung

Der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl (Bild) kritisierte die „Geheimaktion zum Ausfliegen von Kindern mutmaßlicher IS-Mitglieder" der Interimsregierung scharf: „Wenn schwerkranke Kinder in Österreich teure Medikamente benötigen, gibt es dafür in manchen Fällen kein Geld. Aber gleichzeitig werden diese sündteuren Rückholaktionen finanziert und dafür DNA-Tests in Auftrag gegeben. Ich denke, dafür hat in Österreich niemand Verständnis." Verantwortlich für die Aktion macht Kickl Außenminister Alexander Schallenberg, den außenpolitischen Richtungsgeber von Ex-Kanzler Kurz.

WAHLKAMPF-BLITZLICHTER

Foto: screenshot FPÖ-TV

Herbert Kickl mobilisiert die Massen. Selbst die sonst für ihre stoische Ruhe bekannten Vorarlberger ließen es sich trotz Regen und Sturm nicht nehmen, „ihren" Ex-Innenminister zu feiern.

Foto: Facebook.com/Herbert Kickl

In Pasching traf Herbert Kickl auch Werner Reichel, den Autor des Buchs „Kickl muss weg", das die polit-medialen Kampagnen seit seinem Amtsantritt als Innenminister im Dezember 2017 dokumentiert.

Geeint und gestärk

Freiheitliche betteln nicht um Regierungsbeteiligu

Ohne uns geht nichts mehr weiter!“ – Damit warben die Freiheitlichen die Österreicher bei ihrem Wahlkampfauftakt vergangenen Samstag in Pasching für eine Fortsetzung des rot-weiß-roten Regierungskurses. Denn bei Schwarz-Grün oder anderen Koalitionsvarianten ohne Beteiligung der FPÖ sei damit Schluss.

Die Freiheitlichen zeigten bei ihrem Wahlkampfauftakt, was sie unter Bürgernähe verstehen. Statt vor herbeigekarrten Funktionären und Jubel-Jungvolk startete sie ihren Intensivwahlkampf am vergangenen Samstag dort, wo die Bürger sind: im Paschinger Einkaufszentrum „Plus-City“ bei Linz.

Dort warben die beiden Spitzenkandidaten Norbert Hofer und Herbert Kickl sowie Oberösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner vor einem begeisterten Publikum für eine Fortsetzung des rot-weiß-roten Regierungskurses. „Ohne uns geht überhaupt nichts weiter!“

FPÖ war der Reformmotor

Haimbuchner fand in seiner Rede lobende Worte für die als Infrastrukturminister und Innenminister treibenden Kräfte in der von der ÖVP aufgekündigten Koalition: „Nur mit der FPÖ waren all die positiven Veränderungen in der Regierungszeit überhaupt möglich, die jetzt auf dem Spiel stehen, wenn sich die ÖVP einen willigen Mehrheitsbeschaffer in eine Koalition holt“ – egal ob Grüne, Neos oder Rendi-Wagners Salon-Sozialisten.

Wie sehr die FPÖ mit ihrer Politik den Nerv der Bürger getroffen habe, zeige sich auch daran, dass der Ex-Koalitionspartner ÖVP jetzt schon wieder ungeniert das FPÖ-Programm kopiere. Und er erinnerte auch daran, wer in den vergangenen eineinhalb Jahren die großen Reformen des Regierungsprogrammes zu Asyl- und Einwanderung oder im Sozialbereich umgesetzt habe, die FPÖ: „Wir sind jedenfalls nicht überflüssig, denn ohne uns geht überhaupt nichts weiter!“

Diese positive Arbeit wurde, so Haimbuchner, seitens der ÖVP von einem Tag auf den anderen beendet: „Eine vermeintlich schwache Sekunde eines Partners wird für Macht-, Strategie- und Taktikspiele benutzt, ein absoluter Tiefpunkt der Politik!“

„Ich bin der ‚Staatsfeind Nummer eins‘ für all jene, die es nicht gut meinen mit der Sicherheit in diesem Lande.“

Aber die ÖVP habe die Rechnung ohne die FPÖ, die ihr den Wunsch nach einem zweiten Knittelfeld nicht erfüllt habe, und ohne die Österreicher gemacht, die nach wie vor die FPÖ in der Regierung sehen wollen. „Lieber Norbert, du bist der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort“, ließ Oberösterreichs FPÖ-Chef Haimbuchner keinen Zweifel aufkommen, wer das bewerkstelligen könne, an der Spitze „unser dynamisches Duos“.

Foto: Foto: Andreas Maringer/eventfoto.at

Heimattreu statt politisch korrekt

Und der zweite Teil dieses Duos, Ex-Innenminister Herbert Kickl, bekam für seinen Auftritt auch gleich donnernden Applaus, den er in eine Kampfansage gegen die ÖVP ummünzte: „Hier bei Euch spüre ich Patriotismus, Heimatliebe und Heimattreue, und deshalb lasse ich mir auch von niemandem einen Maulkorb der Political Correctness umhängen.“

Kritik übte er an seiner Entlassung als Innenminister durch Ex-Kanzler Sebastian Kurz und Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Die Diffamierung als „Hassprediger“ nehme er als Kompliment an und trage es wie einen Orden: „Ich bin ein ‚Staatsfeind Nummer eins‘ für all jene, die es nicht gut meinen mit der Sicherheit in diesem Lande. Es gibt welche, die für die Heimat eintreten – und welche, die auf die Heimat eintreten!“

Das wüssten auch die Österreicher, und die werden am Wahltag jene, „die uns Unrecht getan haben, mit der Höchststrafe belegen“, so Kickl, der ankündigte, dass er sehr wohl wieder ins Innenministerium einziehen wolle: „Wenn die glauben, sie werden mich in die Knie zwingen, dann werden sie mich erst kennenlernen.“

Foto: Andreas Maringer/eventfoto.at

Kickl: Für uns sind Heimat und Sicherheit Werte, die man lebt – und nicht erst vor Wahlen entdeckt.

Freiheitlicher Zusammenhalt

Gewohnt ruhiger ging es der designierte Bundesparteiobmann Norbert Hofer in seiner Rede an, der aber vollstes Verständnis für die emotionalen Worte Kickls aufbrachte: „Herbert, ich kann das so gut nachvollziehen.“ Denn er habe es im Präsidentschaftswahlkampf ja selbst erleben müssen, wie es ist, wenn sich alle anderen gegen einen „einhängen“.

Er wischte einmal mehr alle medial ausgestreuten Gerüchte und Spekulationen über Differenzen zwischen ihm und Kickl vom Tisch. „Es gibt doch keinen größeren Beweis der Freundschaft und der Kameradschaft als dass, wenn einer gezwungen wird, die Regierung zu verlassen, dann alle gehen“ erinnerte Hofer an eine der Fehlkalkulationen des ÖVP-Chefs am 18. Mai.

kt für Fortsetzung des Reformkurses

ung, sondern bieten der ÖVP die Zusammenarbeit an – oder gehen in die Opposition

Dieser habe nicht nur die Koalition platzen lassen, sondern auch noch versucht, den Freiheitlichen seine Personalwünsche zu diktieren, aber, so Hofer: „Wir lassen uns niemanden herausschießen!“

Politik FÜR die Österreicher

Und schon gar nicht so einen erfolgreichen Innenminister, wie Hofer in einer kurzen Aufzählung der wichtigsten Maßnahmen der türkis-blauen Bundesregierung anmerkte. Etwa die erhöhte Mindestpension, den „Familienbonus Plus“, die Nachjustierung von Asyl- und Einwanderungsgesetzen, die Reform der Mindestsicherung, die Indexierung der Familienbeihilfe, die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und die Reform der Sozialversicherungsbeiträge – oder das Kopftuchverbot.

Viele dieser Punkte wie etwa der Letzte seien mit der ÖVP schwer zu verhandeln gewesen, aber die Freiheitlichen hätten an ihrem Regierungsauftrag, endlich „Fairness für die Österreicher“ umzusetzen, festgehalten, betonte Hofer: „Wir waren und sind das soziale Gewissen in der Regierung.“ – Auch wenn die Krönung dieser Arbeit, die Steuerentlastungsreform, dem wiederentdeckten schwarzen Machtrausch zum Opfer gefallen sei.

Diese Entlastung sei nur aufgeschoben, nicht aufgehoben – aber nur für den Fall, dass die Österreicher die Freiheitlichen so stärken, dass sie wieder in die Regierung kämen, bemerkte Hofer unter Verweis auf die CO2-Steuerpläne der politischen Mitbewerber.

Kein Platz für Islamisten!

Neben dieser Warnung vor Schwarz-Grün machte Hofer auch klar, dass eine ordentliche Finanzierung des Bundesheeres für ihn eine künftige Koalitionsbedingung darstelle. Daneben werde er sich für eine alte freiheitliche Forderung einsetzen, nämlich ein Gesetz gegen den politischen Islam.

Diese Ankündigung unterstrich Hofer mit der unmißverständlichen Klarstellung: „Ich sage es vollkommen klar: Der Islam ist eine anerkannte Glaubensgemeinschaft – die Zeugen Jehovas sind es auch. Aber der Islam ist kein Teil unserer Kultur, kein Teil unserer Geschichte, und er wird es auch niemals sein!“

Zur ÖVP merkte Hofer an, dass man nicht um eine Neuauflage der Koalition bettle, sondern Kurz & Co. zurück auf den richtigen Weg bringen wolle: „Wir bitten nicht um eine Regierungsbeteiligung, denn wir können auch Opposition sehr gut! Wir bieten der ÖVP eine Neuauflage der Regierung mit uns an, um den erfolgreichen Weg fortzusetzen!“

Foto: Foto: Andreas Maringer/eventfoto.at

Hofer: Wir betteln nicht um Regierungsämter, sondern wollen die ÖVP auf den Reformweg zurückbringen.

Foto: NFZ

HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Im politischen Diskurs ist viel vom „Rechtsstaat“ die Rede. So hat der Übergangs-Vizekanzler und -Justizminister Clemens Jabloner Herbert Kickl im Zuge des diesjährigen Forums Alpbach vorgeworfen, die Grundrechte zu gefährden. Eine tragfähige Begründung blieb er aber ebenso schuldig wie der Bundespräsident, der pauschal erklärte, Kickl von sämtlichen Regierungsämtern ausschließen zu wollen.

Rechtsstaat verteidigen

Auch hier verstört das Fehlen einer nachvollziehbaren Begründung, zumal Kickl ein unbescholtener, ja sogar ein in den Nationalrat gewählter Staatsbürger ist. Das Van-der-Bellen-Wort aus dem Bundespräsidenten-Wahlkampf, wonach wir in der Republik alle gleich sind, gilt offenbar nur für Nicht-Freiheitliche.

Nun soll auch das Vereinsgesetz so geändert werden, dass rechts neben der ÖVP und ihr nahestehenden Vereinen nichts mehr erlaubt sein darf. Dass erinnert an die bayerische CSU, die ebenfalls auf das Menschenrecht pfeift, wenn es dem Ausbau ihrer Macht dient. So hat der deutsche Innenminister Horst Seehofer im Juni dieses Jahres gefordert, sogenannten „Demokratiefeinden“ die Grundrechte zu entziehen.

Auf diese mehr als bedenkliche Entwicklung werden wir Freiheitliche verstärkt aufmerksam machen, zumal es das Wesen des Rechtsstaates ist, vielfältige politische Strömungen zu beherbergen. Ein Ausschluss von den politischen Rechten kann nur auf Basis eines strafgerichtlichen Urteils erfolgen. Dafür sind unabhängige Gerichte zuständig, nicht Politiker.

VERKEHRSPOLITIK

EU-Spitze beim Bahnfahren

Auch 2017 blieb Österreich Bahnland Nummer eins innerhalb der Europäischen Union. Mit 1.435 zurückgelegten Kilometern je Einwohner und Jahr liegt Österreich diesbezüglich erneut vor Frankreich (1.419 Kilometer) und Schweden (1.317 Kilometer). Dies geht aus dem Bericht der Schienen-Control GmbH hervor. Laut diesem Bericht verzeichnete der Personenverkehr 2018 teils beachtliche Zuwächse, vor allem im Nahverkehr.

Foto: NFZ

BÜRGERSERVICE

Erstwähler-Information

Um den vielen Erstwählern einen Überblick über Wahlen im Allgemeinen und das individuelle Wahlrecht zu geben, hat das Parlament eine kompakte Informationsbroschüre herausgegeben. Diese klärt zum Ablauf der Stimmenabgabe sowie zu den Prinzipien der Wahl auf: https://parl.at/lh8Dp

Integrationsbericht: Die Wunschblase ist geplatzt

Einwanderung in sozialstaatlich finanzierte Parallelgesellschaften

Der Integrationsbericht 2018 zeigt klar auf: Die kommende Regierung muss den Einwanderungskurs der FPÖ fortsetzen, auch um die Finanzierung des Sozialstaats zu sichern.

Wie dem aktuellen Bericht zu entnehmen ist, hat fast jeder vierte Mensch in Österreich, genauer 23,3 Prozent, Migrationshintergrund, vermerkt der Integrationsbericht 2018. Das sind um 25 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren.

Der Bericht versucht, die Einwanderung herunterzuspielen, ist sie doch im vergangenen Jahr auf etwa 35.000 Personen „gesunken“. Diese Netto-Einwanderung entspricht aber noch immer der Einwohnerzahl Wiener Neustadts, der zweitgrößten Stadt Niederösterreichs.

„Enorme Herausforderung“

Immerhin betonte Interims-Integrationsminister Alexander Schallenberg, dass die Herausforderungen „enorm“ seien. Zu deren Bewältigung bedürfe es einem verstärkten Spracherwerb, mahnte Wirtschaftsforscherin Gudrun Biffl, die das allerdings als „Investition“ Österreichs einmahnte, und nicht als Bringschuld der Einwanderer.

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis

Belakowitsch: Die rot-schwarze Integrationsblase ist geplatzt!

Foto: NFZ

Asyl-Einwanderer: Sozialleistungsansprüche statt Erwerbstätigkeit.

Österreichweit wurden im Schuljahr 2017/18 schon 40.600 Schüler sprachlich gefördert, wobei zu vermerken ist, das ein Viertel der Schüler mit Sprachproblemen bereits eine Neue Mittelschule oder eine AHS besuchte.

Das hat seine Ursache auch darin, dass der Anteil der ausländischen Schüler im Schuljahr 2017/2018 auf 15,5 Prozent gestiegen ist, aber bereits 26 Prozent der Schüler nicht Deutsch als Umgangssprache verwendeten, in Wien sogar schon mehr als die Hälfte der Schüler, nämlich 52 Prozent. Dieser Anteil ist im Vergleich mit dem EU- oder dem OECD-Schnitt überproportional hoch.

Und die Problematik verschärft sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Der Anteil der Einwanderer an den Arbeitslosen stieg 2018 auf 30,7 Prozent.„Die Mär vom qualifizierten Einwanderer aus Syrien, Afghanistan oder Irak ist und bleibt ein grünes Märchen, das sogar Ex-Kanzler Kurz noch 2015 kräftigst unterstützt hat“, bemerkte dazu FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch.

Denn die Integration der Asylanten sei desaströs. Sie stellen bereits ein Drittel der Mindestsicherungsbezieher. Und dass sich daran nicht viel ändern wird, zeigt die Tatsache, dass von allen seit 2011 anerkannten Asylanten derzeit nur 53 Prozent beschäftigt sind, von denen aus Afghanistan, Syrien und dem Irak gar nur 36 Prozent.

Warum die ÖVP dennoch abgelehnte Asylwerber in der Lehre behalten will, anstatt für arbeitsuchende Österreicher über 50 etwas zu unternehmen, bleibe ein Rätsel, erklärte Belakowitsch.

Hofer: Kompromiss zum Rauchverbot

Rauchen in Lokalen ab 20.00 oder 21.00 Uhr erlauben

Im Interview für die Sonntagsausgabe des Gratsi-Blattes „Österreich“ bekräftigte der designierte FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer, dass die Freiheitlichen das Rauchverbot in Lokalen kippen wollen, wenn sie wieder Regierungsverantwortung erlangen sollten. Hofer unterbreitete den anderen Parteien dazu einen Kompromiss: „Unser Vorschlag sieht vor, dass man ab einer gewissen Uhrzeit das Rauchen erlaubt – eben, wenn keine Kinder mehr im Lokal sind.“ Das könnte so ab 20.00 oder 21.00 Uhr sein, aber nur in Bereichen, die vorher als Raucherbereiche definiert wurden, betonte Hofer.

Foto: NFZ

Kompromiss: Rauchen ab 20 Uhr.

Ärger um Trafik-Ablösemodell

Auch an einer anderen „Raucherfront“ macht die FPÖ mobil, nämlich gegen das neue Trafik-Ablösemodell, das zwischen der Monopolverwaltung und dem ÖVP-Wirtschaftsbund in der Wirtschaftskammer, Fachgruppe Tabaktrafikanten, ausverhandelt wurde. „Sehr viele Trafikanten beklagten gegenüber Vertretern der Freiheitlichen Wirtschaft, dass diese Neuregelung der Geschäftsablöse an den ‚real existierenden Sozialismus‘ angelehnt sei“, erklärte FPÖ-Konsumentenschutzsprecher Peter Wurm.

Neue Verdachtsmomente zur „SOKO Ibiza“

„Nach dem erzwungenen Ausscheiden eines Beamten aus der ‚SOKO Ibiza‘ zeigen Medienenthüllungen jetzt, dass es in der vom Bundeskriminalamt eingerichteten Sonderkommission nach wie vor problematische Verbindungen zu dringend tatverdächtigen Personen gibt“, reagierte FPÖ-Sicherheitssprecher Hans-Jörg Jenewein auf die jüngste Veröffentlichung der Recherche-Plattform „Fass ohne Boden“.

Foto: NFZ

Jenewein: „SOKO Ibiza“ gibt, dank ÖVP, ein schlechtes Bild ab.

Diese hatte berichtet, dass zumindest ein Beamter des Bundeskriminalamtes im Rahmen einer Aktion gegen den internationalen Zigarettenschmugel mit einem direkt in die „Causa Ibiza“ involvierten Detektiv in der Vergangenheit zusammengearbeitet hat. Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, ob auf Grund der damaligen gemeinsamen Ermittlungen und der daraus entstandenen Verbindungen nicht diejenigen, die derzeit das Ziel von Strafverfolgung sind, durch die handelnden Beamten vorgewarnt worden sein könnten.

Die aktuelle Entwicklung bestätige die ursprünglich geäußerte Kritik der Freiheitlichen, wonach ein Gutteil der Ermittler treue Parteigänger der ÖVP seien, erklärte Jenewein: „Und das macht die ‚SOKO Ibiza‘ nicht unbedingt seriöser.“

FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT

Foto: MFZ

Harald Vilimsky

Einwanderung: Die Lage verschärft sich

Die Migrationslage im Mittelmeer verschärft sich wieder: Da ist der türkische Autokrat Erdogan, der der EU droht, „die Tore zu öffnen“, wenn Brüssel nicht mehr Geld schickt. Gleichzeitig schaut es so aus, als ob Erdogan seine Drohung auch mit Taten unterstreicht. Wohl kein Zufall: Seit Ende August kommen in Griechenland wieder deutlich mehr Migranten aus der Türkei an. Rund 3,6 Millionen Syrer befinden sich in der Türkei. Man kann sich ausmalen, was das für die EU heißt, wenn Erdogan die Tore tatsächlich ganz öffnet.

Indessen ist Griechenland seit Jahren nicht in der Lage, für ausreichend schnelle Asylverfahren zu sorgen – und vor allem für Rückführungen in die Türkei, die Teil des „Deals“ mit der EU sind. Sogar die EU-Kommission hat nun „dringenden Handlungsbedarf“ geortet und Athen zu mehr Rückführungen aufgefordert.

Zum anderen ist in Italien nun eine neue Regierung am Ruder. Matteo Salvini, der mit seiner strikten Politik einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der EU-Außengrenzen geliefert hatte, ist nicht mehr Innenminister. Die neue Regierung in Rom hat bereits angekündigt, NGO-Schiffe wieder in Italien landen zu lassen. Und sie fordert ein Umverteilungssystem von Migranten in der EU als Teil einer Reform des Dublin-Systems.

Alles in allem: Die EU-Außengrenzen sind nicht sicher; das Migrationsthema ist nach wie vor prekär.

Wohin mit 491 Tonnen Atommüll aus Krško?

Laut slowenischen Medienberichten lagern im slowenischen Kernkraftwerk Krško derzeit rund 491 Tonnen hochradioaktiver Atommüll. „Was mit den abgebrannten Brennelementen passieren soll, kann aufgrund fehlender Pläne nicht gesagt werden“, wundert sich FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch über die Ausbaupläne der Laibacher Regierung zu Krško: „Auf der einen Seite will man das Atomkraftwerk Krško weiter ausbauen, und auf der anderen Seite weiß man nicht, wohin mit dem hochradioaktiven Müll. Hier mangelt es scheinbar massiv an Realitäts- und Verantwortungsbewusstsein.“

Laut der slowenischen Regierung gebe es derzeit auch keine Lösungsvorschläge für ein mögliches Atommüll-Endlager. „Lediglich ein Bau einer Deponie für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Vrbina, nahe Krško, ist geplant. Für hochradioaktives Material ist derzeit nichts vorgesehen – obwohl dies dringend nötig wäre“, zeigt der FPÖ-Umweltsprecher auf.

Er erinnerte erneut daran, dass das AKW Krško auf einer Erdbebenlinie liege und Expertenberichte bestätigen, dass bei einem Erdbeben eine massive Katastrophe drohe. Rauch forderte, dass die künftige Bundesregierung sich unverzüglich für einen Stopp der Laufzeitverlängerungs- und Ausbaupläne in Laibach und Brüssel einsetzen müsse.

Foto: MOPS - slovenskavojska.si/CC BY 3.0/commons.wikimedia

Kein Endlager für Krško-„Müll“.

Chaos und Freunde EU-Chefin setzt auf

Von der Leyens Kommission von Gender-, Partei-

Foto: EU

Mit ihrem Gender-Fimmel (Kindergärten in Kasernen, Umstandsuniformen für ren hinterlassen. Bei der Zahl der neuen EU-Kommissare hat sie beinahe Ges

Im deutschen Verteidigungsressort hat Ursula von der Leyen ein Chaos hinterlassen, um das sich ein Untersuchungsausschuss des Bundestags im kommenden Frühjahr kümmern wird. Mit „Chaos pur“ startete sie auch in Brüssel bei der Postenzuteilung für die von den Mitgliedsländern nominierten Kandidaten.

Bis in die späten Abendstunden des vergangenen Montags soll in der Kommission wegen der Ressortverteilung „Chaos pur“ geherrscht haben, berichtete die französische Nachrichtenagentur AFP. Dienstag zu Mittag präsentierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dann ihr „Team der Profis“ und deren Aufgabengebiete.

Vorweg, eine Drohung hatte sie wahrgemacht, nämlich, dass die Hälfte der Posten mit Frauen besetzt werden sollte. 14 zu 13 lautet das Geschlechterverhältnis in der neuen Kommission, mit einköpfigem Vorteil zugunsten der Männer. Gender-Mission erfüllt.

Das gewohnte „Leyen-Chaos“

Noch wenige Stunden vor der Präsentation waren die künftigen Kommissare nicht darüber informiert, welches Ressort sie übernehmen sollen. Als Grund für die Verzögerungen nannte die AFP Nachforderungen einzelner Mitgliedsstaaten.

So wie sie als Verteidigungsministerin in Bonn ein ganzes Berater-Heer unterhielt, so werden diese Rollen nun ihren drei „Exekutiv-Vizepräsidenten“ zuteil. Deren Auswahl erfolgte nach dem Parteienproporz: Der gescheiterte Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, der Holländer Frans Timmermans, soll zudem den „Klimaschutz“ managen. Die Spitzenkandidatin der Liberalen, die bisherige

Porporz in Brüssel: ÖVP-Mann Johann und der spanische Sozialist Josep Bor

erlwirtschaft: Neue f „Bewährtes“

und Seilschaftszugeständnissen geprägt

r Soldatinnen) hat Ursula von der Leyen bei der Bundeswehr bleibende Spu-schlechter-Neutralität erreicht, was aber nichts über deren Qualität aussagt.

Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager aus Dänemark, soll den „digitalen Aufbruch“ in der EU voranbringen. Und der lettische Christdemokrat Valdis Dombrovskis, bisher Euro-Kommissar, soll für von der Leyen „Wirtschaft und Soziales“ richten.

Die Proporz-Kommission

Dazu kommen noch fünf weitere Vizepräsidenten, die ressortübergreifend koordinierende Aufgaben wahrnehmen: der spanische Sozialist Josep Borrell (Außenbeauftragter), die Tschechin Vera Jourova (Werte und Transparenz), der Grieche Margaritis Schinas („Schützen, was Europa ausmacht“), der Slowake Maros Sefcovic (interinstitutionelle Beziehungen) und die Kroatin Dubravka Suica (Demokratie und Demographie).

Foto: EU

nes Hahn wird Haushaltskommissar rrell neuer Außenbeauftragter der EU.

Weitere Kommissarsposten gingen an den ÖVP-Mann Johannes Hahn (Haushalt und Verwaltung), den Belgier Didier Reynders (Justiz und Rechtsstaatlichkeit), den Iren Phil Hogan (Handel), den Italiener Paolo Gentiloni (Wirtschaft) und die Schwedin Ylva Johansson (Inneres) sowie den Polen Janusz Wojciechowski (Landwirtschaft). Die Französin Sylvie Goulard – gegen die zur Zeit die EU-Betrugsbehörde OLAF ermittelt - ist nicht nur für den europäischen Binnenmarkt zuständig, sondern auch für „Verteidigungsindustrie und Raumfahrt“.

Die Kommission muss vom EU-Parlament „genehmigt“ werden und am 1. November ihr Amt antreten. In der Zwischenzeit gibt es einen Geldsegen für den Rumänen Ioan Mircea Pascu. Er soll bis dahin die ins EU-Parlament wechselnde Corina Cretu ersetzen. Dafür gibt es nicht nur Gehalt und Zuschläge für den Umzug, sondern auch die volle Pension von bis zu 60 Prozent des Kommissargehalts.

KURZ UND BÜNDIG

Foto: EU

„Neue“ Einwanderungspolitik

Die neue italienische Links-Regierung um Premier Giuseppe Conte will die sogenannten „Sicherheitspakete“ abändern, die Ex-Innenminister Matteo Salvini in den vergangenen Monaten im Parlament durchgesetzt hatte. „Italien wird sich in der EU für eine Reform des Dubliner Asylabkommens und für mehr Solidarität bei der Migrantenumverteilung einsetzen“, verkündete Conte. Es sei wichtig, den „Notstand im Umgang mit der Flüchtlingsproblematik“ zu überwinden und Strategien zu entwickeln, um die Integration zu fördern. Dies wohl auch, um in Brüssel Wohlwollen für eine Schonfrist zur Sanierung des italienischen Budgets herauszuschlagen.

Afrika rodet den Regenwald

Foto: acco/geospatial

Während die „Klimaschützer“ auf den Amazonas starren, werden Afrikas Regenwälder inzwischen abgeholzt. Von dem Regenwald, der 1990 unter die Verwaltung der Regierung gestellt wurde, sind gerade noch 20 Prozent übrig. Der Regenwald in Ghana fällt einer Mischung aus landwirtschaftlicher Nutzung, legalem und illegalem Bergbau zum Opfer, im Wesentlichen dem Abbau von Gold und Bauxit. An die 50.000 illegale Minen (Bild) sind der Hauptgrund dafür, dass die Entwaldung Ghanas in einem Tempo voranschreitet, das die brasilianischen und bolivianischen Brandrodungen in diesem Jahr deutlich hinter sich lässt.

Massentötung von Vögeln für den Klimaschutz?

Die Windkraftbranche kann wegen einer Klageflut von Umweltschützern wegen Tötungsverbots für gefährdete Wildtiere nach dem Bundesnaturschutzgesetz kaum noch neue Anlagen errichten. In den ersten sechs Monaten wurden lediglich 35 Windräder in Deutschland neu errichtet. Um die nationalen Ökostrom-Ziele bis 2030 zu erreichen, bedarf es aber des Baues von mehr als 1.400 Turbinen pro Jahr.

Bereits 2015 hatte eine Öko-Studie angeklagt, dass allein die damals 12.841 Windräder im norddeutschen Untersuchungsgebiet innerhalb eines Jahres für den Tod von 7.865 Mäusebussarden, 10.370 Ringeltauben, 11.843 Stockenten und 11.197 Möwen verantwortlich sein dürften.

Aber die Windparkbetreiber fordern jetzt eine Aushebelung des Naturschutzgesetzes. da es für den Windkraftausbau „zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ gebe. Ihre abstruse Argumentation: „Windenergieausbau ist Klimaschutz, und Klimaschutz ist Artenschutz.“

Der Planungs- und Umweltrechtsjurist Martin Gellermann verweist in „Die Welt“ auf die enorme „Schlagopferzahl“ bei Vögeln, Fledermäusen und Insekten: „Wenn die Nutzung der Windenergie solche Folgen hat, ist es ziemlich mutig, sie als Mittel des Artenschutzes darzustellen.“ Für den Ökologen Josef Reichhof hat deswegen der Klimaschutz mit dem Artenschutz „so gut wie nichts“ zu tun.

Foto: BI Saltrental

Ein Opfer der „Klimarettung“.

TERMINE

September 17 Seniorenstammtisch in Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Dienstag, dem 18. September 2019, zum Seniorenstammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien) ein. Beginn: 15.00 Uhr.

September 18 Stammtisch der FPÖ Landstraße

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 18. September 2019, zum Stammtisch ins Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien) zum Vortrag von Philippa Strache zum Thema: „Stellenwert des Tierschutzes im Wahlkampf“ ein. Beginn: 19.30 Uhr.

September 19 Oktoberfest der FPÖ Wien

September 19 Herbstwanderung des SR Schärding

Der Seniorenring des Bezirks Schärding lädt am Donnerstag, dem 19. September 2019, zum alljährlichen Bezirkswandertag ein. Treffpunkt ist um 9.00 Uhr am Dorfplatz in 4786 Brunnenthal.

September 28 Oktoberfest der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Samstag, dem 28. September 2019, zu ihrem Oktoberfest mit Vizebürgermeister Dominik Nepp und Ex-Innenminister Herbert Kickl am Enkplatz (1110 Simmering) ein. Beginn: 14.00 Uhr.

LESER AM WORT

Alle rechtsextrem?

Frau Stenzels rhetorische Frage, warum es einzig die Identitären sind, die an die Türkenbelagerung erinnern, ist eine viel wichtigere. Wie würde es um unsere aufgeklärte, gleichberechtigte Gesellschaft bestellt sein, wenn es dem damals vereinten Europa nicht gelungen wäre, die Türken zurückzuschlagen? Wenn dieses Gedenken rechtsextrem ist, dann bin ich – und wohl die Mehrzahl der Österreicher – es auch.

Jürgen Jauch, Linz

Foto: NFZ

Welche Werte, liebe ÖVP?

Was ist in die ÖVP gefahren? Will sie ihre eigenen Grundsätze verbieten und eine Meinungsdiktatur in Österreich errichten? Was unterscheidet ÖVP, FPÖ und Identitäre bei ihren Grundsätzen? Alle sind für ein christliches Österreich und alle sind für die verfassungsmäßigen Grundsätze. Alle sind der Meinung, daß die EU zumindest reformiert gehört und daß die Masseneinwanderung beendet werden muss. Alle waren bisher für die Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit. Jetzt will die ÖVP aber die Identitären verbieten. Erklärt die ÖVP damit Menschen mit Geschichtsbewußtsein und Liebe zur Heimat zu ihren Feinden? Die große Schande dabeiist noch, daß von ihr keine Kritik an den linken Randalierern kommt, die sogar unbeteiligte Bürger körperlich attackiert und angegriffen haben.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Geschichtsverständnis?

Das offizielle Österreich schafft es nicht, der denkwürdigen Rettung Wiens am 12. September 1683 zu gedenken. Es waren die vereinten Europäer, voran Polen, Lothringer, Sachsen, Bayern und Brandenburger, die mit dem Sturmangriff vom Kahlenberg das schwer bedrängte Wien retteten. Es bedarf der Identitären, um an diese Heldentaten zu erinnern, und diese werden von der vereinten Linken auf das Beschämendste beschimpft. Wo bleibt unser Geschichtsverständnis? Oder wollen die Linken Österreich in eine Utopie der „Vereinigten Staaten von Europa“ verschwinden lassen? Da sollten wir Österreicher aufstehen und uns unserer Geschichte und Kultur bewusst bleiben – und am 29. September die entsprechende Antwort geben!

Werner Dworschak, Eisenstadt

Wahlkampf-Schauspiel

Die bisherigen TV-Duelle waren mit den bis zum Erbrechen abgehandelten Themen wie CO2-Steuern, Klima, Handelsabkommen und Wahlkampfspenden ein lächerliches Schauspiel. Nicht einmal ansatzweise kamen die wichtigen Themen wie Grenzsicherung, Einwanderung, importierte Kriminalität und Sicherheit zur Sprache.

Cora Katzenberger, Puchenau

Foto: NFZ

Nicht käuflich

Aufgrund der tendenziösen Berichterstattung der „KronenZeitung“ habe ich mein Jahresabo gekündigt. Bald darauf kam ein Anruf, in dem mir angeboten wurde, wenn ich über die Berichterstattung hinwegsehe, würde mir ein neues günstigeres Angebot gemacht werden! Da schau her! Man kriegt es also auch billiger! Aber im Gegensatz zu dieser Zeitung (Stichwort: René Benko) bin ich nicht käuflich.

Christina Unger, per E-Mail

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

○ Halbjahrespreis € 15,- ○ Jahrespreis € 30,- ○ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
○ Auslandsjahresbezug € 73,- ○ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**: _____

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN

FPÖ wird eigene Gedenkveranstaltung abhalten

Rot-Grün kritisiert Gedenken, aber duldet Parallelgesellschaften

Aufgrund der Aufregung um den Auftritt von Ursula Stenzel bei der heurigen Gedenkveranstaltung zum Ende der Türkenbelagerung 1683 wird die FPÖ künftig eine eigene Veranstaltung abhalten, kündigte FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp an.

Zuletzt fand eine solche Befreiungsfeier anlässlich des Jubiläums im Jahr 2013 statt. Um das Gedenken nicht von dubiosen Vereinen vereinnahmen zu lassen, lud Nepp auch alle anderen Parteien ein, sich an der FPÖ-Veranstaltung im kommenden Jahr zu beteiligen.

Nepp wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die von Rot-Grün nicht nur geduldete, sondern sogar mit Steuermitteln geförderte, schleichende Islamisierung die problematische Herausbildung moslemischer Parallelgesellschaften in der Bundeshauptstadt verstärkt habe.

Foto: NFZ

Die neue „Eroberung Wiens“ über die rot-grüne Zuwanderungspolitk.

Integrationsverweigerung

„Es gibt in Wien zahlreiche türkische Vereine, die unter Anleitung der Partei von Staatschef Erdogan die Islamisierung vorantreiben und dabei von Rot-Grün auch noch gefördert werden. In Wiener Schulen werden Lehrpersonal und nichtmoslemische Kinder von derart radikalisierten Mitschülern und deren Eltern schikaniert“, erinnerte Nepp an die Vorfälle der vergangenen Jahre.

Radikal-islamische Strömungen verhindern nicht nur die Integration gemäßigter Moslems in unsere säkulare Gesellschaft, sondern stellten auch ein Gefahr für den Rechtsstaat dar, warnte Nepp: „Diese extremistischen Tendenzen müssen mit allen rechtlichen Mitteln bekämpft werden.“

Daher sei das Gedenken an das Ende der Türkenbelagerung 1683 und die damit verbundene Befreiung Wiens (und in weiterer Folge Europas) ein gerechtfertigter Anlass, um darauf hinzuweisen, dass Wien keine islamistischen Parallelgesellschaften toleriere, die unsere demokratischen Grundwerte in Frage stellen, erklärte der FPÖ-Vizebürgermeister: „Und ich fordere auch SPÖ, ÖVP und Grüne auf, sich dazu uneingeschränkt zu bekennen.“

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff

Dass die Leut immer verrohter werden, erkennt man an den täglichen Berichten. Besondere Brutalität aber gibt’s nicht bei Simmering – Kapfenberg, sondern sie wird an einem Unterstützungsvideo deutlich, das Herr Gusenbauer, roter Vorzeigekapitalist, angefertigt hat. Dagegen wäre ein Faustschlag ins Gesicht der Frau Rendi ja noch human gewesen. Aber die Sozis werden schon wissen, was sie tun.

Unsinn und Sinn

Inzwischen gab’s einen seltsamen Hacker-Angriff auf die „Türkisen“. Hätten sie doch auch ihre Computer geschreddert, wär’ das nicht passiert. Sebastians Heiligsprechung ist der von Pfeilen durchbohrte Märtyrer aus dem 3. Jahrhundert zuvorgekommen, die neue humoristische Kurz-Biographie vertreibt die letzten Basti-Gläubigen.

Dass die Herren Pilz und Kogler, ihres Zeichens Schimmel und Feigenblatt, ihre eigenen Feinde sind, ist zwar seltsam, aber bei jedem ihrer Auftritte leicht zu gneißen.

Und Frau Meinl-Reisinger plakatiert von Liesing bis Kagran Sprüche, die jeden Gender-Fan in Rage bringen müssen: „Macht sonst keiner!“ Keiner, männlich, aber „keine“ macht’s doch?

Was lernen wir daraus? Wählen kann man nur Hofer und Kickl. Die haben solche Spompanadln nicht nötig.

BURGENLAND

Linker Wahl-Vandalismus

Während im Bezirk Oberpullendorf ein einziges beschmiertes Wahlplakat von SPÖ-Spitzenkandidatin Pamela Rendi-Wagner für Schlagzeilen sorgte, hat die FPÖ in Eisenstadt mit echten Problemen zu kämpfen. „Mehr als 100 Plakate wurden bis heute zerstört. Der Schaden ist mittlerweile vierstellig. Das war keine Rausch-Aktion – das ist organisiert“, entsetzte sich FPÖ-Klubobmann Géza Molná. Ähnliche Meldungen gebe es auch aus den Gemeinden Trausdorf und Rust. Die FPÖ hat Anzeigen bei der Polizei erstattet.

OBERÖSTERREICH

Sicherheitswesten

Das Land Oberösterreich stellt auf Initiative von FPÖ-Landeshauptmann-stellvertreter Manfred Haimbuchner gemeinsam mit der AUVA, der Wiener Städtischen und der HYPO OÖ allen Schulanfängern Kinderwarnwesten kostenlos zur Verfügung: „Wir schützen unsere Kinder auf dem Schulweg.“

Foto: Land-OÖ/Kraml

M. Haimbuchner

STEIERMARK

Islamisten im Land

Der islamische Extremismus stellt eine große Gefahr für Österreich dar, gestand Innenminister Wolfgang Peschorn in der Beantwortung einer Anfrage des steirischen FPÖ-Abgeordneten Hannes Amesbauer ein. So geht das Ministerium derzeit von 47 Personen allein in der Steiermark aus, die einen verfassungsgefährdenden Angriff vornehmen könnten. Zudem sind dem Innenministerium aktuell zehn Dschihad-Rückkehrer in der Grünen Mark bekannt, wovon sich sechs in Haft befinden. Die übrigen vier sind laut Anfragebeantwortung auf freiem Fuß und stellen damit zweifelsohne eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit dar. „Genau aus diesem Grund fordert die FPÖ bereits seit Jahren konkrete strafgesetzliche Bestimmungen gegen den politischen und radikalen Islam“, betonte Amesbauer.

Wieder Gewalt von Links: Zweiter Anschlag auf FPÖ-Parteilokal

Versuchter Brandanschlag auf Bezirksbüros der FPÖ in Feldbach

Zuerst die Landesgeschäftsstelle der Freiheitlichen in St. Pölten, jetzt die Bezirksparteibüros in Feldbach. Norbert Hofer erwartet sich nun ein Eingreifen des Bundespräsidenten.

In der Nacht auf Samstag wurden zwei Personen von Anrainern beobachtet, wie sie versuchten, die Eingangstür zu den Büros der FPÖ Südoststeiermark in Feldbach anzuzünden. Obwohl die Zeugen sofort Alarm schlugen, war das Duo bei Ankunft der Polizei bereits geflüchtet. Die Beamten fanden einen nicht explodierten Brandsatz, der an der Eingangstür abgeprallt sein dürfte. Zudem wurden Plakate angezündet und in der Innenstadt mehrere Plakatständer zerstört.

Für FPÖ-Klubobmann Norbert Hofer sind das höchst bedenkliche Entwicklungen: „Auch wenn Parteien unterschiedlicher Meinung sind, darf das im Wahlkampf nicht so eskalieren, dass es zu gewalttätigen Attacken kommt.“ Im Fall des Anschlages auf die Landesgeschäftsstelle in St. Pölten sei von den Tätern auch in Kauf genommen worden, dass Menschen zu Schaden kommen. Er forderte daher jetzt von Bundespräsident Alexander Van der Bellen mahnende Worte ein: „Ein solches gewalttätiges Vorgehen gegen den politischen Mitbewerber darf in einer funktionierenden Demokratie keinen Platz haben!“

STEIERMARK

Foto: FPÖ Südoststeiermark

Die Vandalen verwüsteten FPÖ-Plakate in ganz Feldbach.

KÄRNTEN

Geplatzter Postenschacher

Als „ein Sittenbild des Postenschachers der SPÖ Kärnten“ kommentiert der Kärntner FPÖ-Chef Gernot Darmann die Entscheidung der Bundes-Gleichbehandlungskommission, wonach die Bestellung von Robert Klinglmair zum Leiter der Kärntner Bildungsdirektion durch SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser rechtswidrig war.

Kaiser hat laut Kommission einen Rechtsbruch begangen, als er Klinglmair der mindestens gleich gut qualifizierten Gerhild Hubmann vorgezogen hat. „Ich habe bereits im Vorjahr darauf hingewiesen, dass eine höchstqualifizierte Frau mit jahrelanger praktischer Erfahrung unter einem Landeshauptmann Kaiser überhaupt keine Chance hat, wenn das Parteibuch nicht passt“, erinnerte Darmann.

Er wies auch darauf hin, dass der von der SPÖ forcierte Klinglmair gar nicht fürs Hearing hätte zugelassen werden dürfen, weil er die gesetzlichen Anforderungen nicht erfülle. Diese Entscheidung habe einmal mehr gezeigt, wie es die SPÖ mit der Gleichberechtigung halte: Einerseits schreie sie nach Quotenfrauen in der Privatwirtschaft, aber im eigenen Bereich stellt sie Parteibuch und Beziehungen zum „Landesfürsten“ voran, kritisierte Darmann.

Foto: LPD/Sucher

SPÖ-Postenschacherer Kaiser (r.) und seine Protegè.

TIROL

Foto: FPÖ Tirol

Ausgesperrte FPÖ-Politiker.

Kein Besuch bei Grenzschützern

Ex-Innenminister Herbert Kickl wollte anläßlich seines Tirol-Besuchs auch bei der Sondereinheit „Puma“ am Brenner vorbeischauen. Nur, er durfte nicht hinein. Das Innenministerium verwies auf den Erlass, der in der derzeitigen Wahlkampfphase allen Politikern verbiete, unter medialer Begleitung Polizeidienststellen aufzusuchen. Ein „stiller Besuch“ von Politikern ohne Journalisten sei aber natürlich jederzeit möglich. Tirols FPÖ-Landesobmann Markus Abwerzger ortet eine „Lex Kickl“: „Bei ÖVP-Politikern ist man da weit zuvorkommender.“

SALZBURG

Landesgeschäftsführer Hermann Kirchmeier gratulierte seiner Chefin zum Wahlergebnis: 93,46 Prozent honorierten Marlene Svazeks gute Arbeit für die Salzburger Freiheitlichen.

Foto: Mike Ranz

Svazek mit 93,46 Prozent als Landeschefin bestätigt!

31. Parteitag im Zeichen der Wiederwahl und neuem Parteistatut

Unter dem Motto „Verantwortung für Salzburg“ beging die FPÖ-Salzburg ihren Parteitag. Einigkeit und Geschlossenheit der Delegierten prägten die Stimmung.

„Wir haben vor drei Jahren ein Projekt gemeinsam begonnen, und dieses Projekt steht noch lange nicht vor dem Abschluss. Führen wir es gemeinsam weiter“, so Marlene Svazek am vergangenen Freitag in ihrer Rede zum 31. Landesparteitag der FPÖ Salzburg im Kongresshaus in St. Johann im Pongau. Mit 93,46 Prozent wurde sie von den 156 Delegierten erneut zur Landesparteiobfrau gewählt und damit eindeutig bestätigt. Zu ihren Stellvertretern wurden Hermann Stöllner, der Radstädter Bürgermeister Christian Pewny, Volker Reifenberger, sowie Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser – alle einstimmig – gewählt.

Verantwortung ernst nehmen

Svazek hob in ihrer Rede vor allem das Motto des Parteitages „Verantwortung für Salzburg“ hervor: „Verantwortung trifft uns nicht nur im politischen Sinn, sondern auch im privaten und alltäglichen.“ So fand die Parteiobfrau auch mahnende Worte gegenüber der eigenen Partei. Die Ereignisse der vergangenen Monate rund um die Ausschreitungen einzelner Mitglieder veranlassten die Landespartei schließlich zu einer Novelle ihrer Statuten. Die neuen Statuten wurden von den Delegierten einstimmig beschlossen.

Svazek sieht das Statut als eine Pflichtlektüre, an die sich jeder, ob nun Obfrau oder normales Mitglied, zu halten hat: „Die neuen Regelungen sollen es dem Parteivorstand erleichtern, gegen Fehlverhalten einzelner Mitglieder zeitnah vorzugehen und disziplinare Maßnahmen effektiv auszusprechen.“

Positives Echo auf FP-Idee

Auf durchaus positives Echo ist der FPÖ-Vorschlag gestoßen, dass Träger von öffentlichen Krankenanstalten länger unbesetzte Kassenvertragsstellen übernehmen sollen, freute sich FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr: „Es gibt also eine Gesprächsbasis. Zu berücksichtigen ist, dass das Land hier mit Ärztekammer, Sozialversicherungen und dem Bund als gleichberechtigte Partner rasch das Einvernehmen finden muss. Immerhin sind derzeit 35 Kassenarztstellen in Oberösterreich unbesetzt.“

Die von SPÖ-Gesundheitssprecher Peter Binder vorgebrachte Pauschalverurteilung der Ärzte, wonach diese ihr finanzielles Interesse über das Patientenwohl stellen könnten, sei unangebracht, betonte Mahr. Er vertraue auf die Professionalität der Mediziner und die bestehenden Effizienzkontrollen.

Zu klären sei die Finanzierung, da hier der stationäre Bereich (Land) einen Teil der niedergelassenen Versorgung (Sozialversicherungen) miterledige. Das müsse noch ausdiskutiert werden.

OBERÖSTERREICH

Herwig Mahr (l.): „Wir lösen die Probleme im Sinne der Bürger.“

Foto: Andreas Maringer/eventfoto.at

Foto: FPÖ Salzburg

LÄNDER-SACHE

Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Wenn ein Mensch uns zugleich Mitleid und Ehrfurcht einflößt, dann ist seine Macht über uns grenzenlos, sagte einst die österreichische Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach. Ja, und kein Zitat könnte derzeit stimmiger auf die aktuelle Opferkampagne von Ex-Kanzler Kurz im Pleiten-, Pech- und Chaoswahlkampf der ÖVP zutreffen.

Machtlos

Vermeintliche Superhacker hätten nämlich einen Angriff auf seine Partei-EDV gestartet, Daten manipuliert, daraufhin abgesaugt und schließlich den Medien zur Verfügung gestellt.

Was einer tollkühnen Räuberpistole in James-Bond-Manier anmaßt, dürfte in der Welt der schwarzen Politschauspielerei inzwischen zur alternativen Realität geworden sein. Selbst der unversierte Politbeobachter weiß, dass es sich hier lediglich um eine Verzweiflungstat aus einem überforderten Parteibüro handelt. Denn nach den rechnungshoftauglich gestückelten Spendenmillionen, dem „Fake“-Fanbrief, der frisierten Buchhaltung, dem Massengebet in der Stadthalle oder dem dreifach-Schreddern unter falschem Namen dürfte der hauptberufliche Regierungscrasher sein letztes Quentchen an Integrität bald verloren haben. Und bevor der ÖVP jetzt die Zeit ausgeht, wird der Grund für des Altkanzlers Begehr nach raschen Neuwahlen ganz deutlich.

Denn auch wenn mit der Dauer des Wahlkampfes das Mitleid für den armen Sebastian wächst: Mit jedem Skandal des schwarzen Netzwerks schwindet die Ehrfurcht vor dem System Kurz. Und damit seine Macht. Danke, Marie von Ebner-Eschenbach.

GEZWITSCHER

Gloria
@da_da_dynasty

was wohl passieren müßte, damit österreichische Medien bei #övp und #fpö durchgehend von rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen parteien sprechen? irgendwelche ideen twitter?

05.09.19 23:49

Gnädige Frau, Nordkorea, Venezuela oder Kuba haben ihren Wunsch schon umgesetzt.

Andreas Schäfermeier
@a_schaefermeier

„Früher hat man gefragt, was hast du in der Schule gelernt. Heute fragt man, wie hast du dich gefühlt" – mit diesem Lächerlichmachen des wichtigen Bildungsthemas versucht @norbertghofer wohl von inhaltlicher Leermeldung der #FPÖ bei notwendigen Bildungskonzepten der Zukunft abzulenken.

17.03.19 08:46

Mehr rote Kuschelpädagogik, Genosse? PISA-Ergebnisse nachlesen!

TELEGRAM

GEFÄLLT MIR

Norbert Hofer
09.09.2019

Liebe Freunde!
Ich möchte etwas ganz Wichtiges klarstellen:

3.543 Personen gefällt das.

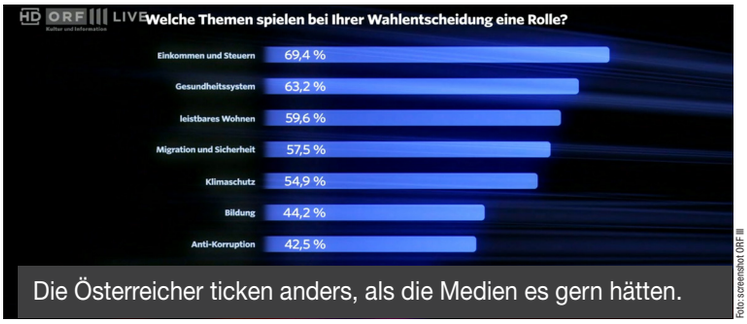
Wer hätte auch etwas anderes erwartet, nach der unverschämten Forderung des ÖVP-Chefs.

Mediale Wahlmanipulation mit der „Klimaschutz"-Hysterie

Umfrage belehrt ORF eines besseren, aber der will es nicht wahrhaben

Das neue Sendeformat „Wahl 19 – Die Wochenanalyse" des ORF entlarvt den Sender selbst als Manipulator und „Fake News"-Produzenten.

Da lässt der ORF täglich eine neue „Klimakrise" platzen, um das Thema im Wahlkampf hochzujubeln – siehe CO2-Steuer in „Sommergespräche" –, aber die Österreicher scheren sich nicht darum.



Die Österreicher ticken anders, als die Medien es gern hätten.

Foto: screenshot ORF

Wahlmanipulation im ORF?

Laut einer Umfrage unter 1.000 Österreichern zu den für sie wichtigen Themen zur Nationalratswahl erlebte Greta Thunbergs Panik-Sprachrohr am Küniglberg eine bitterböse Überraschung. Den Österreichern sind Einkommen und Steuern, das Gesundheitssystem, leistbares Wohnen und – das große Nichtthema der Medien – Migration und Sicherheit bedeutend wichtiger als der „Klimaschutz". Das lässt den Moderator irritiert zurück: „Was gleich auffällt ist, dass das Thema Klimaschutz, um das sich ja alles dreht in diesem Wahlkampf, erst auf Platz fünf kommt."

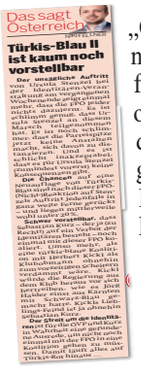
Worauf er von der Meinungsforscherin Sophie Karmasin, die diese Umfrage gemacht hat, aufgeklärt wird: „Naja, die veröffentlichte Meinung wirkt so, als wäre der Klimaschutz das alles dominierende Thema. Das ist in der Tat so nicht, denn wenn man die Menschen draußen fragt, dann haben sie andere Themen, die für sie viel wichtiger sind." – Diese Ignoranten!

FPÖ IN DEN MEDIEN

Der Wahlkampf geht auch in den Medien in die Intensivphase, sprich Rundumschläge gegen die FPÖ ersetzen die Berichterstattung. Den Vogel hat dabei der „Standard" abgeschossen, der einen Psychologen die „Politische Verwahrlosung als Demokratieproblem" diagnostizieren lässt. Natürlich von der FPÖ verursacht („Hetzer", „Korruptheit der (ehemaligen?) Parteispitze"), deren schlechte Manieren aber auch auf die ÖVP abgefärbt haben.

Politische Verwahrlosung als Demokratieproblem

Obwohl Türkis-Blau bei den Österreichern noch immer die beliebteste Koalitionsvariante ist, sieht „Österreich" jetzt kaum noch Chancen dafür. Dafür unterstützt das Blatt ohne konkrete Angaben das von Kurz „zu Recht!" geforderte Verbot für die Identitären – entgegen der Meinung aller namhaften Rechtsexperten. Und weil hier Kurz und Kickl konträrer Meinung sind geht sich Türkis-Blau einfach nicht mehr aus.


Das sagt Österreich
Türkis-Blau ist kaum noch vorstellbar

Jetzt NEU!
Das Telegram-Service der FPÖ:
Bequem, kostenlos und jederzeit kündbar!
So einfach funktioniert es:
App „Telegram" am Handy herunterladen!
www.fpoe.at/telegram aufrufen und dem Kanal beitreten!
Fertig! Ab sofort genießt Du unser Service!
Telegram FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI
Anmeldung unter www.fpoe.at/telegram
Foto: iStock.com/Oleksandra Troian

Kennen Sie die Strudlhofstiege?

Verlorene Liebesmüh‘ mit Doderers Meisterwerk in der Josefstadt

Als ich von der Josefstadt-Bühnenfassung der „Strudlhofstiege“ erfahren habe, hab ich mir gedacht: Das geht nicht.

Die gebotenen Tatsachen im altehrwürdigen Haus an der Josefstädter Straße haben es mir bestätigt. Der und jeder andere Roman Heimito von Doderers kann nicht dramatisiert werden. Schon rein technisch nicht. 900 Seiten in zweieinhalb Stunden zu komprimieren, ist die Quadratur des Kreises.

Und da ist vor allem die Sprache. Die wunderbaren Satzkonstruktionen Doderers muss man lesend erfahren, die besten Schauspieler können sie nicht auf die Bühne bringen. Schließlich sind es die vielen Handlungsstränge im Buch. Die zu spielen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Reader’s Digest

Dass das Theater im Programmheft behauptet, die Darbietung sei „nach dem Roman, in der Bearbeitung von Nicolas Hagg“ zu sehen, ist schlicht unwahr. Der Roman kann für die Bühne nicht bearbeitet werden. Freilich kann man davon ausgehen, dass nur wenige im Publikum den Roman gelesen haben. Schon seinerzeit schreckten manche vor der Länge zurück. Und jetzt, da die Doderer-Zeit – hoffentlich vorübergehend – vorbei ist, sehen die meisten das Theaterstück mit anderen, vom Buch nicht verwöhnten Augen.

Das Bühnenbild liefert keine Stimmung. Auf der Drehbühne stehen Sessel und andere Sitzgelegenheiten, einmal, zu Beginn, ist auch so etwas wie ein Wald zu erkennen, oben gibt’s weißliche Architektur, sonst ist alles in ein nichtssagendes Dunkel gehüllt.

Die Mitspielenden – Grete Siebenschein oder Mary K. etwa dürfen nicht darunter sein – sind in Alltagskleidern zu sehen, die sich beim Übergang von der Monarchie zur Nachkriegszeit minimal ändern.

Langeweile allenthalben

Und auch wenn alle recht ordentlich bei der Sache sind, schließlich sind’s Josefstadt-Darsteller, kommt kein Interesse auf. Dass im Roman ja eigentlich auch – mit Ausnahme des vom D-Wagen abgefahrenen Beins der Mary K. – „wenig passiert“, ist keine Entschuldigung. Soll ich mich wiederholen, und nochmals von der nicht aufkommenden oder bestenfalls schwachen Stimmung schreiben?

So seien denn auch nochmals die Schauspieler gelobt, die unter der Regie allerdings nicht viel zu melden hatten, das Bühnenbild jedoch möge der Vergessenheit anheimfallen. Zweieinhalb Stunden gegen den Theaterschlaf gekämpft – so lobe ich auch mich. *Herbert Pirker*

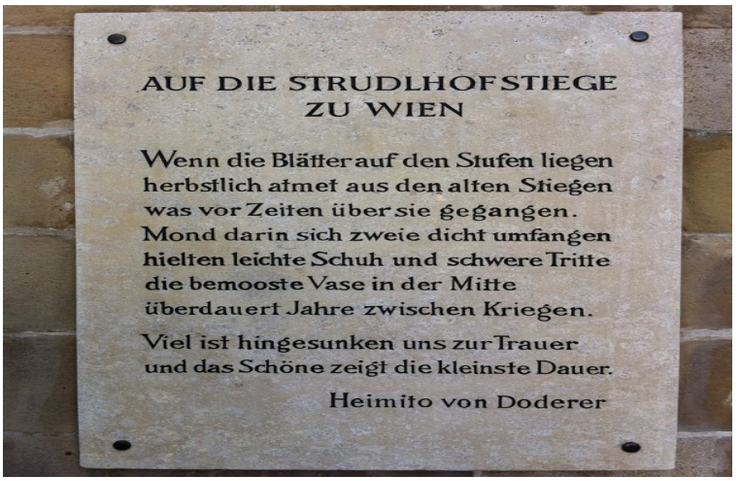


Foto: Herbert Pirker

Die „Roman-Bearbeitung“ scheitert bereits an Doderers Sprache.

Mit Dominik Nepp
und Herbert Kickl
und Paul Stadler

Oktoberfest

Samstag, 28.9.

von 14 bis 18 Uhr · Enkplatz, 1110

14.45 Uhr: Rede Herbert Kickl

Zur Unterhaltung bieten wir unter anderem:

Luftburg · Kinderschminken · Livemusik · Gratis Spannferkel (solange der Vorrat reicht) · Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt.

Bezirksvorsteher Paul Johann Stadler freut sich, Sie persönlich zu begrüßen und steht gerne für Gespräche zur Verfügung. Sie haben aber auch die Möglichkeit mit unserem Bezirksobmann Abg. z. NR Mag. Harald Stefan, unseren Gemeinderäten sowie weiteren Simmeringer Freiheitlichen Mandataren in Kontakt zu treten um über Ihre Anregungen, Beschwerden und Probleme persönlich zu sprechen!

Anzeige

Premiere: Lotterien Tag beim Night Run

Schnell sein und anmelden – 250 Startplätze stehen zur Verfügung

Exakt 100 Lotterien Tage hat es bisher gegeben, und dieses Jubiläum wurde am vergangenen Freitag im Tiergarten Schönbrunn entsprechend gefeiert. Neben dem Zoo waren auch Museen und Theater die Schauplätze der Lotterien Tage.

Die 101. Auflage bringt eine Premiere: „Lotterien Tag goes Sport“ – das heißt: Es gibt erstmals einen Lotterien Tag bei einer Sportveranstaltung, und zwar beim Vienna Night Run am Dienstag, den 24. September 2019.

Die Österreichischen Lotterien stellen ihren Spielteilnehmern insgesamt 250 Startplätze gratis zur Verfügung. Wer an einem Startplatz interessiert ist, meldet sich unter http://bit.ly/Lotterien-Night-Run (oder QR-Code auf dem Bild) bis spätestens Donnerstag, den 12. September 2019 an (sobald sich 250 Starter gemeldet haben, ist eine Anmeldung nicht mehr möglich).

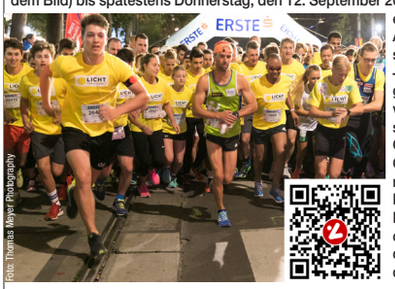


Foto: Thomas Meyer Photography

Achtung! Alle Läuferinnen und Läufer, die einen dieser 250 Startplätze gebucht haben, müssen bei der – speziell gekennzeichneten – Startnummernausgabe ein Produkt der Österreichischen Lotterien vorweisen, um ihre Startnummer zu erhalten. Gültig sind zum Beispiel Lotto, Toto oder EuroMillionen Quittungen, aber auch Brief- oder Rubbellose. Die Quittung bzw. das Los müssen dabei nicht aus einer aktuellen Runde bzw. Los-Serie sein.

Mit der Übernahme des Startgeldes für diese 250 Läuferinnen und Läufer unterstützen die Österreichischen Lotterien den Verein „Licht für die Welt“, der sich u.a. für die Erhaltung des Augenlichts bzw. der Vermeidung und Heilung von Blindheit einsetzt.

„Bling Bling“ glänzt und glitzert mit bis zu 25.000 Euro

Rubbel-Erfolg des Vorjahres feiert ein Comeback

Brillanten, Perlen und Goldketterl – das im Vorjahr erstmals aufgelegte Rubbellos mit dem wertvollen Namen „Bling Bling“ erlebt ein Comeback und ist ab sofort in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien erhältlich. Es strotzt – dem Namen entsprechend - nur so vor edlem Schmuck, und glänzend sind auch die Gewinne: Gibt es doch bis zu 25.000 Euro aufzurubbeln.

Die „Bling Bling“-Serie besteht aus 1,6 Millionen Losen in drei unterschiedlichen Erscheinungsbildern: Einmal in Pink gehalten, darauf ein Schwein mit Goldkette und Brillant-Ohrstecker, einmal in Grün mit Kuh samt Nasen-Piercing und Perlenkette, und einmal in Goldgelb mit Waschbär samt Brille und Brillant-Ring. Neben den beiden Hauptgewinnen gibt es noch zahlreiche weitere Treffer von 2 bis 2.500 Euro.

Die Ausschüttungsquote beträgt 57,5 %, die Chance auf einen Gewinn 1:3.

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Koalition für unsere Heimat fortsetzen.

Bereit für Österreich

Nur eine starke FPÖ in der Bundesregierung sorgt für Fairness, Entlastung und Sicherheit für die österreichische Bevölkerung.

Nachhaltige Pensionserhöhung

Die FPÖ hat für eine nachhaltige Erhöhung der Pensionen gesorgt und die Einführung der Mindestpension in der Höhe von 1.200 Euro ab 2020 sichergestellt.

Mehr Geld für die Pflege

Die Freiheitlichen haben die Valorisierung der Pflegestufen durchgesetzt. Jetzt geht es um eine angemessene und höhere Förderung der Pflege daheim.

Nein zur Massenzuwanderung

Die europäischen Eliten wollen eine EU-Asylquote einführen. Wir sagen Nein zu unverantwortlicher Massenzuwanderung und Willkommenspolitik.

Heimat schützen

Die FPÖ versteht sich als einzige „soziale Heimatpartei", die Österreich mit seiner einmaligen Kultur und seinen wertvollen Traditionen bewahren will.

fpoe.at

FBI Freiheitliches Bildungsinstitut

Politische Bildung aktuell

○ Partei ☑ Regierung ○ Parlament ○ Publikationen ○ Seminare ○ Veranstaltungen

Die Koalition aus ÖVP und FPÖ von Dezember 2017 bis Mai 2019 gilt als die dritte Regierungsbeteiligung der FPÖ in der Geschichte der Zweiten Republik. In dieser Regierungsperiode stellte die FPÖ sechs Minister und einen Staatssekretär. Angesichts der Nationalratswahl 2019 sollen die wichtigsten Projekte unter blauer Regierungsverantwortung in den nächsten Wochen beleuchtet werden.

Bundesministerium für Inneres

Rückgang von Asylanträgen: Die Zahl der Asylanträge ging weiter zurück – und zwar von 24.735 im Jahr 2017 auf 13.400. Zum Vergleich: 2015 waren es 88.340 Ansuchen. Die Verfahrensdauer sank auf sechs Monate und die Zahl der Außerlandesbringungen wurde gesteigert. Die Bilanz für das Jahr 2018 verzeichnete zudem einen Abbau des Antragsrucksackes. Es wurden etwa 95 Prozent der Anträge seit 2015 erledigt.

Mehr Grenzkontrollen: Angesichts der hohen Zahlen illegaler Migranten verkündete FPÖ-Innenminister Herbert Kickl im April 2019, dass die Grenzkontrollen zu Ungarn und Slowenien zumindest bis November 2019 beibehalten würden. Außerdem wurde eine neue Grenzschutzeinheit namens „PUMA" aufgestellt.

„Größtes Sicherheitsbudget in der Zweiten Republik": Gemeint ist damit eine deutliche Aufstockung der Planstellen sowie eine Verbesserung der Ausrüstung der Polizei, wobei die zusätzlichen Beamten etwa zur Abdeckung von temporären Personallücken, für die Grenzraumüberwachung sowie zur Bekämpfung von Cyberkriminalität eingesetzt werden.

Konkret standen für den Bereich Inneres im Jahr 2018, ohne den nunmehr getrennt dargestellten Bereich Asyl und Migration, Budgetmittel in der Höhe von 2,84 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind um 122,4 Millionen Euro mehr als die Mittel, die 2017 aufgewendet wurden.

Mit Herbert Kickl stellte die FPÖ erstmals seit 1945 den Innenminister in einer Bundesregierung.

Herbert Kickl war von 2017 bis 2019 Bundesminister für Inneres

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.